Mushası 5 Kuruştur

ABONE

Dahil için: Aylık 1 75, üç aylık 4,75, altı aylık 8,50, bir senelik 15 lira.
Hariç için: Aylık 5, üç aylık 13, altı aylık 25 R. M. yahut mukabili (Posta ücreti dahil olmak üzre.)

İLANAT

1. Sahifede: santimetresi 100 Kuruş
2. » » 75 »
3. » » 50 »
4. » » 30 »

İdarehane:
Tekke Cadesi No 585ve 587
Telgraf adresi Türkpost
Telefon Beyoğlu 209 ve 210
Posta Kutusu Galata 209

Türkische Post

Preis der Einzelnummer 5 Grusch

BEZUGSPREIS

Inland: 1 Monat 1 75 T. Pfd. 3 Monate 4.75 T. Pfd., 6 Monate 8 50 T. Pfd., 12 Monate 15 - T. Pfd. Ausland 1 Monat 5 - R.-Mark, 3 Monate 13 - R.-Mark, 6 Monate 25 - R.-Mark oder Gegenwert, alles einschliesslich Porto. Inserate 1 Seite 1 cm 100 Grusch, 2 Seite 75 Grusch, 3 Seite 50 Grusch, 4 Seite 30 Grusch.
(INLANDSPREISE)

Geschaftsleitung:
Tekke - Strasse Nr 585-587
Drahtanschr.: Turkpost
Fernspr. Pera 209 u. 210
Postfach Galata 209.

5 Jahrgang Nr. 145 — Tageszeitung für den Nahen Osten — Stambul, Mittwoch, 28. Mai 1930

Organ der Deutsch-Türkischen Vereinigung, Berlin, der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptsitz Frankfurt a. M. und der Deutschen Handelskammer in Wien.

SERVICE

Sturmzeichen in Oesterreich.

—o—

Die Heimwehren gegen Schober.

Wien, 25. Mai

In Oesterreich steht das Barometer wieder einmal auf Sturm. Bundeskanzler Schober hat bei seinen Besprechungen in Paris und London die bestimmte Erklärung abgegeben, daß in Oesterreich ein Entwaffnungsgesetz durchgeführt werden wird. Auch in einer Note an den Völkerbund hat Schober seine Entwaffnungsabsichten, die sich sowohl gegen die stark bewaffneten sozialistischen Organisationen als auch gegen die Heimwehren richten, zum Ausdruck gebracht.

Schober glaubte, diese Erklärungen abgeben zu müssen, weil er sich von ihnen die Beseitigung des Mißtrauens gegen Oesterreich in Paris und London und einen günstigen Abschluß des Anleihegeschäftes versprach.

Die Verhandlungen in Paris und London sind zwar zu einem günstigen Abschluß gelangt, dafür aber droht eine Krise in Oesterreich auszubrechen. Gegen das Entwaffnungsgesetz, das bereits soweit gediehen ist, daß es in den nächsten Tagen im österreichischen Nationalrat beraten werden wird, richten sich nämlich mit aller Entschiedenheit die Heimwehren. In dem Gesetz soll Privatpersonen und Vereinen der Gebrauch von kriegsmäßigen Waffen verboten werden. Die Heimwehren verlangen jedoch in einem Protestschreiben an den Bundeskanzler, daß zunächst einmal die Entwaffnung der staatsfeindlichen Organisationen, also der Sozialdemokratie, unter Mitwirkung der Heimwehren durchgeführt werden soll. Das Innenministerium soll zur Durchführung dieser Aktion einem Vertrauensmann der Bundesführung der Heimwehren überlassen werden, ebenso wie auch der Posten des Polizeipräsidenten von Wien, der gegenwärtig von einem Sozialdemokraten versehen wird, an einen Heimwehrführer übergehen soll. Erst wenn auf diesem Wege die Entwaffnung der linksstehenden Organisationen durchgeführt ist, wollen die Heimwehren auch von sich aus die Entwaffnung durchführen und dann der Regierung die Macht im Staate wiedergeben.

Bundeskanzler Schober hat diese Forderungen abgelehnt. Er hat sich damit in einen offenen Gegensatz zu den Heimwehren gestellt, was umso schwerer wiegt, da die Heimwehren nicht nur über ein gut Teil der Macht in Oesterreich verfügen, sondern auch von sich behaupten können, daß sie Schober an die Regierung gebracht haben, und heute die wichtigste Stütze dieser Regierung darstellen. Die Stellung Schobers wird bei den kommenden Auseinandersetzungen nicht leicht sein. Durch seine Entwaffnungserklärungen hat er sich dem Auslande gegenüber zweifellos festgelegt. Er wird also kaum den Forderungen der Heimwehren nachgeben können. Andererseits aber darf die Macht der Heimwehren nicht unterschätzt werden. Viel wird davon abhängen, wie das Parlament sich entscheiden wird. Vielfach wird angenommen, daß das Entwaffnungsgesetz in seiner jetzigen Form angenommen werden wird. Es fehlt aber auch nicht an Stimmen, die das Gegenteil behaupten. Den Ausschlag dürfte die Haltung der Christlich - sozialen Partei geben. Im übrigen wird Schober, der ja schon wiederholt Beweise großen diplomatischen Könnens gegeben hat, alles aufbieten müssen, um der Lage Herr zu werden. Vielleicht läßt sich ein Kompromiss, das sowohl der Regierung als auch den Heimwehren gerecht wird, erzielen, und der Sturm könnte abgeblasen werden, noch ehe er richtig zum Ausdruck gekommen ist. Eine Lösung, die übrigens für Oesterreich in seiner gegenwärtigen Lage die beste wäre.

Carol - Propaganda in Bukarester Kasernen.

—o—

Bukarest, 26. Mai

In den letzten Tagen wurden in den hiesigen Kasernen Broschüren verteilt, in denen für die Rückkehr des Kronprinzen Carl agitiert wurde. Die Broschüre mit dem Titel „Der Retter soll zurückkehren" wurd in tausenden von Exemplaren verteilt. Die Regierung, die erst heute von dieser Agitation Kenntnis erhielt, verfügte die Beschlagnahme.

Die Austauschkommission.

In Ankara hat Ministerpräsident Ismet Pascha in Gegenwart des Aussenministers Tewfik Rüschdi Bej die beiden zur Zeit in der Türkei weilenden neutralen Mitglieder der Gemischten Austauschkommission Rivas Vicuna und Anderson empfangen. Die Unterredung der beiden Delegierten mit dem Ministerpräsidenten dauerte zwei Stunden. Wie verlautet, wird demnächst in Ankara eine wichtige Konferenz über die Austauschfrage stattfinden, an welcher der türkische Aussenminister, der griechische Gesandte und die fünf Delegierten der Austauschkommission teilnehmen sollen. Der griechische Gesandte Polychroniadis hat seine geplante Athener Reise im Hinblick auf diese Konferenz einstweilen verschoben. Der dritte neutrale Delegierte in der Austauschkommission, Holstad, wird in diesen Tagen von seiner Urlaubsreise nach Norwegen hier zurückerwartet.

Das Staatsbank-Projekt.

Der Ministerrat hat in seiner Sitzung vom Sonntag abend das von dem Schweizer Sachverständigen Morph ausgearbeitete Projekt für die Gründung der türkischen Staatsbank angenommen. Nach den Beschlüssen des Ministerrates wird die Bank mit einem Kapital von 25 Mill. t. Pfd. ausgestattet werden und in sechs Monaten ihre Tätigkeit aufnehmen. Als mutmasslicher Direktor der Staatsbank wird der gegenwärtige Unterrichtsminister Dschemal Hüssni Bej genannt.

Berufungsprozess Hikmet Bej.

Das Brussaer Strafgericht hat am Montag den Prozess gegen den früheren Untersuchungsrichter Hikmet Bej wieder aufgenommen. Hikmet Bej, der unter der Anklage gestanden hatte und jetzt wieder steht, Amtsangelegenheiten einer dritten Seite ausgeplaudert zu haben, ist bekanntlich in der I. Instanz freigesprochen worden. Dieses Urteil hat der Kassationsgerichtshof in Eskischehir annulliert, sodass die Verhandlung von Neuem durchgeführt werden muss.

Hikmet Bej erklärte, dass in der Tatsache, dass er durch eine Mittelsperson dem *Staatspräsidenten* von der Verlegung des Prozesses Kadrije Hanum nach Smyrna Mitteilung gemacht habe, nicht als Verrat eines Amtsgeheimnisses betrachtet werden könne. Diese Mitteilung habe die Form und den Charakter einer Beschwerde gehabt, da er, Hikmet Bej, wegen der Inhaftierung von vieren der Angeklagten bei der Staatsanwaltschaft auf Schwierigkeiten gestossen sei. Gegen ihn sei eine richtige Propaganda in die Wege geleitet worden, und er habe auch von einem Gefängniswächter einen Drohbrief erhalten. Der Generalstaatsanwalt habe den Fall Kadrije Hanum nicht verfolgen wollen und ihm, dem Untersuchungsrichter, entgegen gearbeitet. Man könne es ihm nicht zur Verpflichtung machen, dem Gasi gegenüber als dem einzigen Repräsentanten der Türkei Schweigen zu bewahren, besonders da die Angelegenheit direkt das Leben des Gasi betroffen habe. Die Verteidiger Hikmet Bejs wiesen darauf hin, dass die Zeitungen die Nachricht von der Verlegung des Prozesses Kadrije Hanum nach Smyrna bereits gebracht hatten, als Hikmet Bej den Staatspräsidenten informierte. Die Aufhebung des Urteils der I. Instanz durch das Kassationsgericht sei logisch wie auch gesetzlich nur sehr schwer zu begründen. Hikmet Bej habe von grosser Zurückhaltung Zeugnis gegeben. Wenn Hikmet Bej gewisse Akten vorgelegt haben würde, die er besitze, und gewisse Aufklärungen gegeben habe über Dinge, *von denen die Oeffentlichkeit nichts wisse*, so würde sich das Gericht *sehr bitteren Wahrheiten* gegenüber sehen. Das ganze Justizwesen der Türkei würde in diesem Falle vor einer schwierigen Wendung stehen und das *öffentliche Vertrauen sehr überrascht werden*. Hikmet Bej habe sich aber auf seine blosse Verteidigung beschränkt. Der Verteidiger Irfan Emin Bej wies darauf hin, dass Hikmet Bej nach seiner Entlassung aus dem Amte monatelang ohne Anstellung geblieben sei und seine Familie nicht habe unterstützen können. Darüber habe er seinen Vater verloren. Bei diesen Worten des Verteidigers brach Hikmet Bej in Tränen aus.

Der deutsch-türkische Handelsvertrag unterzeichnet.

Der neue deutsch-türkische Handelsvertrag ist gestern in Ankara vom Botschafter Nadolny als deutschem Delegierten und dem Präsidenten der türkischen Delegation, früherem Botschafter Sekai Bej, sowie den übrigen türkischen Delegierten Abgeordneten Mustafa Scherif Bej und Unterstaatssekretär im Aussenministerium Numan Rifat Bej unterzeichnet worden. Der Unterzeichnung wohnten ferner der Wirtschaftsreferent der Deutschen Botschaft, Generalkonsul Fabricius, und die weiteren Mitglieder der türkischen Delegation bei.

Der neue Handelsvertrag ist wie der bisherige ein auf dem Grundsatz der Meistbegünstigung beruhender Tarifvertrag, bestehend aus einem Text, in dem die Vereinbarungen über die Regelung der beiderseitigen Handels- und Verkehrsbeziehungen in Anlehnung an den Text des früheren Vertrages und unter Berücksichtigung der in den verflossenen Jahren gesammelten Erfahrungen sowie der besonderen Verhältnisse des neuen türkischen Zollsystems festgelegt sind, ferner aus den beigefügten Tariflisten, in denen die beiderseitigen tarifarischen Zugeständnisse und Zollbindungen aufgeführt werden.

Der Vertrag soll nunmehr unverzüglich der Nationalversammlung zugeleitet werden, damit er noch tunlichst vor Beendigung der Sitzungsperiode von ihr ratifiziert werden und, nachdem auch die deutsche Ratifikation erfolgt sein wird, in Kraft treten kann.

Bis zum Inkrafttreten des neuen Vertrages bleibt zwischen den beiden Ländern der gegenwärtige Zustand der gegenseitigen reinen Meistbegünstigung bestehen.

Das Gericht beschloss auf den Antrag der Staatsanwaltschaft das Urteil der I. Instanz unter Anerkennung der Gründe des Kassationsgericht *aufzuheben*. Die Verhandlung wurde auf den 14. Juni *vertagt*.

Syrien wird Republik.

Paris, 25. Mai.

Der französische Oberkommissär für die Levantegebiete, Ponsot, hat das Statut der Verfassung für Syrien veröffentlicht, das nach den Neuwahlen angewendet werden wird. Auf Grund dieser Verfassung wird Syrien ein republikanischer Staat.

Die Kammer wird auf vier Jahre gewählt, sie wird den Präsidenten der Republik wählen, der immer ein Muselman sein wird. Der Präsident der Republik hat das Recht, die Kammer zu vertagen oder aufzulösen. Der Sandschak Alexandrette wird auch weiterhin der administrativen Dezentralisation und der finanziellen Autonomie teilhaftig. Die autonomen Regierungen des Alanitenstaates und des Dschebeldrus werden weiterhin durch Gouverneure verwaltet werden, denen ein Generalrat, beziehungsweise ein Rat der Notabilitäten zur Seite stehen. Die Verfassung sieht eine Konferenz für gemeinsame Interessen vor, die dem Oberkommissär bei der Ausarbeitung der Entscheidungen von allgemeinem Interesse beistehen wird und die in die Budgets der gemeinsamen Dienste, die im Mandatsgebiet existieren, Einblick haben wird. Ein Spezialartikel wahrt die Rechte und Pflichten der Mandatsmacht auf Grund der internationalen Abkommen.

Französische Pressestimmen.

Paris, 26. Mai

Der Verfassung für das französische Mandatsgebiet Syrien wird von der Presse die größte Bedeutung beigemessen. Die Maßnahme des Generalgouverneurs Ponsot, die in Uebereinstimmung mit der französischen Regierung erfolgt ist, um eine sowohl für die syrischen Interessen wie des guten Einvernehmens mit der Mandatsverwaltung nachteiligen Situation zu beenden, wird von den Blättern als ebenso weise wie liberal bezeichnet. Man hofft, daß es nunmehr die Gemüter beruhigen wird, daß die in Beirut veröffentlichte Verfassung, abgesehen von einigen Aenderungen im Text, der von der verfassungsgebenden Versammlung ausgearbeiteten Verfassung entspricht.

Die Opfer von Rangun.

London, 27. Mai (A.A.)

Die Zahl der bei den Unruhen in Rangun ums Leben Gekommenen wird jetzt mit 26 angegeben. Ausserdem wurden 276 Menschen schwer und etwa 400 weitere leichter verletzt.

London, 27. Mai (A.A.)

In Bombay kam es im mohammedanischen Viertel Bendhihasar heute morgen zu neuen Unruhen. Die Polizei schoss auf die Menge und verwundete 7 Inder.

Zur Round-Table-Konferenz.

London, 27. Mai (A.A.)

Der Staatssekretär für Indien Benn erklärte im Unterhause, dass keine britische Regierung an einem greifbaren Resultat der für Oktober geplanten Round-Table-Konferenz mit den indischen Führern vorübergehen können würde. Es sei indessen klar, dass kein Abkommen als befriedigend betrachtet werden könne, das nicht die Zustimmung der wichtigen indischen Minderheiten finde und denselben ein Gefühl der Sicherheit verschaffe. Dieses Problem müssten die Inder aber selber lösen. Benn wandte sich gegen die Ansicht, als ob Indien nur ein der Ausbeutung durch die britische Industrie vorbestimmter Markt sei und sprach die Hoffnung aus, dass das gegenwärtige „Missverständnis" zwischen dem britischen und dem indischen Volke verschwinden und wieder gegenseitigem Verstehen und gegenseitiger Achtung Platz machen würde.

Georg V.

London, 27. Mai (A.A.)

Der König von England leidet seit einigen Tagen wieder an einem schmerzhaften Rheumatismus in der rechten Hüfte und konnte daher an einigen offiziellen Feierlichkeiten nicht teilnehmen.

Polen schlägt der Sowjetregierung einen Sicherheitspakt vor.

Warschau, 25. Mai

Die zahlreichen gegen Polen gerichteten Angriffe der Sowjetpresse beantwortet die offiziöse „Gazeta Polska" mit einem großen Artikel, in dem sie die Sowjetregierung auffordert, sich von ihrem „Verfolgungswahn", der sie überall sowjetfeindliche Verschwörungen wittern lasse, freizumachen, damit die friedenspolitischen Forderungen, für die die Sowjetdiplomatie einzutreten pflege, im Verhältnis zwischen Polen und Rußland verwirklicht werden könnten. Die polnische Regierung sei bereit, die seinerzeit versandeten Verhandlungen über einen Sicherheitspakt wieder aufzunehmen. Diesem bemerkenswerten Satz schickt der polnische Offiziosus indessen eine Darstellung der polnischen Bedingungen voraus: der Pakt müsse ein Kollektivabkommen darstellen, an dem auch die baltischen Staaten, sowie Rumänien beteiligt wären. Ferner müsse der Pakt auch ein Schiedsgerichtsabkommen enthalten, und zuletzt auch mit den aus der Völkerbundssatzung herrührenden Verpflichtungen in Einklang gebracht werden.

Die katalanische Flagge.

Madrid, 27. Mai (A.A.)

Ministerpräsident General Berenguer hat in einer Rede in Barcelona angekündigt, dass die zur Zeit von der Regierung geduldete katalanische Flagge demnächst einen gesetzlichen Schutz erhalten werde. Berenguer wiederholte, dass die Regierung den Bestrebungen Kataloniens stets wohlwollend gegenüber stehe.

Aus Deutschland.

—o—

„Graf Zeppelin".

Pernambuco, 27. Mai (A.A.)

Das Luftschiff „Graf Zeppelin" ist wieder hier eingetroffen. Es wird seine Fahrt noch heute nach La Habana fortsetzen.

Ludwigshafen geräumt.

Berlin, 27. Mai.

Die Stadt Ludwigshafen wurde heute von den französischen Besatzungstruppen geräumt.

Zwischenfall an der Ostgrenze.

Warschau, 27. Mai (A.A.)

An der Grenze zwischen Ostpreußen und Polen hat sich ein Zwischenfall ereignet, bei welchem ein deutscher Offizier verletzt und ein polnischer Offizier getötet wurde.

Berlin, 27. Mai (A.A.)

Da sich die Meldungen über den polnischen Grenzzwischenfall widersprechen wurde von beiden Seiten vorgeschlagen, die Vorgänge durch eine gemischte deutsch-polnische Kommission an Ort und Stelle untersuchen zu lassen.

Das britische Weißbuch zum Verlauf der Londoner Aegyptenkonferenz.

London, 25. Mai

Mit der Veröffentlichung des englischen Weißbuches über den Verlauf der englisch - ägyptischen Verhandlungen werden amtlich Einzelheiten zu der Streitfrage über die Suez - Besetzung sowie zum Sudankonflikt bekanntgegeben, die den bereits anderweitig verbreiteten Meldungen im großen und ganzen entsprechen dürften, ohne wesentlich neues zu bieten. Aus dem Weißbuch ergibt sich, daß der Artikel 9 des Vertragsentwurfs, der die Sicherung des Suez-Kanals durch britische Truppen behandelt, zu ernsten Schwierigkeiten führte. Die ägyptischen Vertreter regten zunächst an, daß alle britischen Streitkräfte auf einen Punkt auf der östlichen Seite des Kanalufers zusammengezogen werden sollten. Hierfür waren zwei Orte vorgeschlagen worden, die von englischer Seite jedoch als ungeeignet abgelehnt wurden. Die ägyptische Delegation schlug darauf eine Zusammenziehung der britischen Truppen auf der Westseite des Kanals in der Nähe von Ismaila vor, vorausgesetzt, daß die Periode, während welcher der Vertrag einer Revision unterzogen werden könnte, von 25 auf 20 Jahre herabgesetzt würde.

Das Weißbuch gibt dann eine ausführliche Beschreibung des Verhandlungsverlaufes und stellt fest, daß unmittelbar vor Ostern guter Grund für die Annahme bestand, daß ein völliges Uebereinkommen nicht nur über die Vertragsartikel selbst sondern auch über die bedeutsamen Begleitnoten erreicht werden konnte. Am 17. April unterrichtete Nahas Pascha dann die britische Regierung, daß die ägyptische Delegation die britischen Zugeständnisse im Sudan als unzureichend ansehe und sich dementsprechend nicht auf den Vertrag festlegen könnte. Ueber die nach der Vertragsunterbrechung und Entsendung eines ägyptischen Delegierten nach Kairo entstandene Lage heißt es in dem „Weißbuch: „Nahas Pascha unterbreitete der britischen Regierung nach der Wiederaufnahme der Besprechungen am 5. Mai einen vollständigen aber modifizierten Vertragsentwurf, der für die Regelung der Sudanfrage zwei verschiedene Artikel enthielt und auch besondere Anhänge zum Vertrag. In den von Nahas Pascha seinem eigenen Vertragsentwurf beigelegten Noten wurde vorgesehen, daß die Sudanfrage entweder weiteren Verhandlungen innerhalb eines Jahres nach der Ratifizierung des Vertrages vorbehalten bleiben sollten oder daß die ganze Frage überhaupt späteren Besprechungen überlassen und der vor 1924 bestehende Zustand im Sudan wiederhergestellt werden sollte. Diese Anregung wurde von der britischen Regierung abgelehnt."

Gestriger Schluss-Kurs:
1 Reichsmark = 51. – Piaster.

Aulie-Ata!

—o—

Tagebuchblätter.

Von Karl-Hans Görbing
unserem ständigen Moskauer Korrespondenten

Aulie-Ata, 25. April

Ehe ich auf einige grundsätzliche Fragen von Kasakstan, seine Bevölkerung und Geschichte eingehe, will ich auch in meinen nächsten Artikeln zunächst die persönlichen Eindrücke schildern, zumal das Leben im sowjetischen Zentralasien im Auslande so gut wie unbekannt ist. Die wenigen Aufzeichnungen einiger im sogenannten Schnellzug durchreisenden Professoren sind nicht der Allgemeinheit bekannt. Außerdem haben diese Schilderungen, mögen sie teilweise auch gut gesehen sein, dennoch den grundsätzlichen Nachteil, daß alle Autoren keine Kenner des heutigen Rußlands sind. Von kommunistischen und kommunistisch eingestellten „Schriftstellern und Privatdozenten" sehe ich dabei natürlich von vorherein ab. — — —

Bevor ich jedoch die Schilderung meiner Reiseeindrücke fortsetze, möchte ich zur Erklärung für die Leser vorausschikken, daß die im Auslande mit dem Namen Kirgisen bezeichneten Volksstämme in Rußland Kasaken heißen, deren Ursprung übrigens bis heute noch nicht vollständig aufgelärt ist. Kirgisen nennt man in Rußland die Kara-Kirgisen, ein den Kasaken verwandter Volksstamm, *der aber eine höhere Kulturstufe einnimmt.* — —

Von Arys ging es ununterbrochen durch die Steppe. Heute vormittag trafen wir hier in Aulie-Ata ein. Ein vielstündiger Aufenthalt gibt genügend Gelegenheit, sich die Umgegend etwas genauer anzusehen. Wie bisher überall ist auch dieser Bahnhof ein großer schwerer Steinbau. Wir befinden uns ja immer noch auf der alten unter der Zarenregierung erbauten Bahn. Direkt am Bahnhof liegen nur einige ärmliche Lehmbauten, abgesehen von den Verwaltungsgebäuden der Bahn und den Regierungsgebäuden, die mit ihren stolzen Ziegelbauten alles überragen. Zwei kurze Birkenalleen geben dem Ganzen ein freundliches Aussehen. Die Bäume stehen stramm in Reihe und Glied. Ein sehr kleiner Basar, auf dem es nichts zu kaufen gibt. In einer kleinen Bretterbude, eine staatliche Verkaufsstelle, stehen Menschen in einer langen Reihe. Fleischverkauf auf Karten. Auch in Zentralasien! Vor einer anderen Bretterbude, ebenfalls staatlicher Verkauf, wartet eine lange Männerschlange auf Machorka (schlechteste, grobkörnige Tabaksorte, die aber von Arbeitern und Bauern zu Zigaretten gedreht wird).

Nach einem kleinen Frühstück im Speisewagen fahre ich mit meiner Frau in die eigentliche Stadt, die einige Kilometer vom Bahnhof entfernt ist. Aulie-Ata ist ebenfalls eine Kreisstadt des Gouvernements Syr-Darja und zählt rund 25.000 Einwohner. Wir nehmen einen Zweispänner und fahren los. Nichts ahnend von den Dingen, die da kommen sollten. Wenn man sehr großzügig sein will, kann man den Weg zur Stadt eine im Werden begriffene Landstraße nennen. Nach wenigen Minuten haben wir bereits mehrere große Löcher überstanden und fahren durch den ersten „Teich". Die grünschlammige Oberfläche gerät in wilde Aufregung. Der Schlamm spritzt uns ins Gesicht. Die Wagenräder versinken bis über die Hälfte in dieser übelriechenden Masse. Unsichtbare Löcher bringen unseren Wagen derart in Schwankungen, daß wir andauernd voll zu tun haben, die „Fracht" auszubalanzieren, um nicht einfach umzuschlagen. Wiederholt steigen wir aus und gehen auf einem schmalen Seitenpfad zu Fuß, wenn uns die Wagenfahrt gar zu ungemütlich wird. Wenn wir auch vielfach mit zwei Rädern in der Luft hängen, ist uns doch die gelegentliche Fahrt auf nur einem Rad nicht besonders ratsam.

Die Stadt, — von verhältnismäßig großer Ausdehnung — besteht fast ausschließlich aus Lehmbauten. Große Garten, die aber nur erstes Grün zeigen. Wie ich hörte, ist die Natur hier wenigstens um drei Wochen zurück. Der Winter war in Turkestan hart und ausnahmsweise lang. In früheren Jahren wurde um die-